
Die Realität der universitären Geisteswissenschaften

Dieter Kessler

Ein Tag der Geisteswissenschaften

2. Juni 2006, 13 Uhr: Start zum Tag der Geisteswissenschaften an der Ludwigs-Maximilians-Universität (LMU) München als Beitrag zum Jahr des Geisteswissenschaften; zu Beginn offizielle Einführungsreden zu einer Veranstaltung, die sich „ABC der Kulturen“ nannte. Ihr Ziel war es, die Münchener Öffentlichkeit in das Universitätsgebäude einzuladen und ihre geisteswissenschaftlichen Disziplinen in einzelnen Sektionen zu präsentieren. Was kann davon im Gedächtnis bleiben, was kann Neues gesagt werden angesichts einer Flut von publizistischen Äußerungen zur Stellung und Zukunft der Geisteswissenschaften?

Zunächst fiel auf, dass statt des Schlagworts Geisteswissenschaft vereinzelt auch Zweiteilungen vorkommen: Ein Flyer-Text der Universität schrieb von Geistes- und Kulturwissenschaften an der Universität. In der Einführungsrede des Rektors wurde nach Geistes- und Gesellschaftswissenschaften differenziert, in der Regel aber die Geisteswissenschaft ohne jede Differenzierung dem Block „Naturwissenschaft“ gegenübergestellt. Die Rede des bayerischen Kultusministers war von Berufsoptimismus getragen: Niemand wolle den hohen Wert der Geisteswissenschaften in Frage stellen. Dafür seien sie zu elementar und gerade im Zeitalter der Globalisierung unverzichtbar. Die Politik tue ein Übriges, um den Geisteswissenschaften Gerechtigkeit

und Stellenwert zukommen zu lassen, trotz aller ökonomischer Zwänge. Auch die Wirtschaft sei sich zunehmend der Bedeutung des Geisteswissenschaftlers bewusst. Dies wurde mit einem Beispiel begründet: Ein Industrieführer habe in einem Gespräch mit dem Minister betont, dass zwei angestellte Theologen seinem Unternehmen besonders gut getan hätten. Die Zukunftsperspektive für die Geisteswissenschaften seien – so der Minister weiter – bei gemeinsamen Anstrengungen gut. Immerhin gäbe es in Bayern das langfristige Zukunftsprogramm (die Agenda 2020 des Ministerpräsidenten). Und trotz aller oft gegenteiliger Wahrnehmung: In die Geisteswissenschaften sei prozentual zunehmend mehr Geld geflossen.

Der letzte Punkt, das viele Geld, wurde auch in der feinsinnigen Grundsatzrede eines Kölner Romanisten angesprochen. Im Gegensatz zu allen Wahrnehmungen hätten zuletzt Institutionen wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft erheblich mehr Gelder als früher in die geisteswissenschaftliche Forschung investiert. Die Zersplitterung der Geisteswissenschaften wurde dennoch gleich zu Anfang gerügt, das Alphabet der Kulturen sei, das stichwortartige Lemma des Lexikons vor Augen, geradezu ein Beispiel für Trennendes, das nicht mehr gefragt sei. Die historische Dimension der Geisteswissenschaften, aufgebaut im 19. Jahrhundert, müsse nach den historischen Erfahrungen des 20. Jh. als gescheitert angesehen werden. Auch der moderne, vieldiskutierte Begriff der Erinnerungskultur sei mehr ein Schlagwort als den Geisteswissenschaften adäquat. Und als moralisches Gewissen, als Instanz für ethische Fragen (Stichworte: Stammzellenforschung, Ethik-Kommissionen) seien sie völlig ungeeignet und fehl am Platze. Die Definition der Geisteswissenschaften endete in pragmatischen Formulierungen: Ihre Aufgabe sei die rational-kritische Erforschung des menschlichen (humanen) Bereiches im Unterschied zu den Naturwissen-

schaften, die mit ihren Forschungsleistungen mehr die Anwend- und Nutzbarkeit für den Menschen im Blick haben.

Dem Tag angemessen fiel die Schelte für die universitären geisteswissenschaftlichen Disziplinen in den Reden weitgehend aus. Dezidiert sind sie vorher – immer intern, um die Außendarstellung nicht zu trüben – von Seiten der Hochschule gerügt worden ob ihrer Unfähigkeit, sich in übergreifenden Verbünden zusammenzuschließen (ein Vorwurf, der dem Autor auch von anderen Universitäten her bekannt ist). Die Sperrigkeit ihrer Disziplinen gegenüber den lukrativen und prestigehaltigen, übergreifenden Exzellenzinitiativen mit ihren Clusterbildungen bereitet den Hochschulleitungen offenbar bundesweit Kopfzerbrechen.

Es lag sicher auch am Termin – ein Samstag in den Pfingstferien, dass die Öffentlichkeit am Tag der Geisteswissenschaften zum Großteil aus Angehörigen der Universität und ihrem meist intellektuellen Umfeld bestand; zwangsläufig mussten die Schulen als Adressatengruppe völlig ausfallen. Auffallend war die Textlastigkeit und Sterilität – oder besser mangelnde Professionalität – vieler Präsentationen. Wer etwa versuchte, sich die Texte der aufgereihten Plakate an den Stellwänden einzuverleiben, musste spätestens nach dem ersten Dutzend der vielen Poster aufgeben. Unübersehbar war, dass bestimmte Teile der Geisteswissenschaften einen regeren Anteil an Besuchern und Hörern hatte als andere: Dies waren die Disziplinen, die eine mehr regionale, insbesondere kulturwissenschaftliche, zumeist auf dem Visuellen aufbauende Botschaft verkündeten. Das Publikumsinteresse für die archäologischen Beiträge war besonders groß.

3. Juni: Der Autor musste dem bedrohlich nahenden Termin für seinen Beitrag zu den Geisteswissenschaften Rechnung tragen. Texte unter Zeitdruck im letzten Moment zu verfassen, ist bei den festschrifterprobten Geisteswissenschaftlern systemimmanent. Im Nachhinein wurde

dem Autor mit Blick auf den Umfang des „ABC der Kulturen“ an einer zur Eliteuniversität deklarierten Massenuniversität wie der LMU-München bewusst, dass ein solcher Tag nur noch an wenigen deutschen Universitäten inhaltlich möglich ist. Die Probleme einer Universität, welche die *universitas* der Geisteswissenschaften aufrechterhalten will, unterscheiden sich – dies ist der Tenor des Beitrags – wesentlich von denen kleinerer Universitäten. Regelungen werden insofern zu häufig in Unkenntnis der Differenzierungen der „Geisteslandschaft“ formuliert.

Vielfältige „Geisteslandschaft“

Der Autor, selbst Vertreter eines Orchideenfaches, hatte als Studiendekan in München ein so genanntes Department der Fakultät für Kulturwissenschaften und Altertumskunde (Fakultät 12) zu vertreten, in der ein bunter Strauß von mehr als einem Dutzend geisteswissenschaftlicher Disziplinen zusammengefasst ist. Diese reichen von der Ägyptologie und Altorientalistik bis zur Volkskunde und Vorderasiatischen Archäologie und umfassen Fächer, die in der Regel nur ein bis drei Professorenstellen haben. Paradoxerweise gehören zu diesen Ein-bis-drei-Professorenfächern auch Massenfächer wie Ethnologie oder Europäische Ethnologie; die überlaufene interkulturelle Kommunikation musste drastische Zulassungsbeschränkungen einführen. Die Relationen von Professorenstellen zu Studentenzahlen schwanken dabei etwa zwischen 1:15 und 1:250. Fairerweise sollte auch – um manche daraus stereotyp abgeleiteten Forderungen nach personeller Verbesserung in den Geisteswissenschaften etwas zu relativieren – hinzugefügt werden, dass die Zahl der Lektoren bzw. Lehrbeauftragten in den Fächern zwischen eins und 25 schwankt. Die Gruppe dieser Fächer hat es mit der Umsetzung des Bachelor-Master am schwers-

ten. Die Erfahrungen mit den Studenten und in diversen Kommissionen, welche die neuen Studienreformen für die Geisteswissenschaften nun seit mehreren Jahren vorbereiten – Einführungstermin in München ist das Jahr 2009/10 – haben den Autor zur Überzeugung geführt, dass die Zukunft der Geisteswissenschaften letztlich auf der praktischen Ebene, das heißt durch die Entwicklung der Studentenzahlen und das Verhalten des einzelnen Studenten entschieden wird, also nicht durch akademische Diskussionen und Analysen, sondern durch die von Universität zu Universität wechselnde Realität der Studienbedingungen. Manche der kleinen Fächer mit nur ein bis zwei Professoren haben einen hohen studentischen Zulauf, der fast der gesamten Studentenzahl einer einzelnen der ehrwürdigen theologischen Gesamtfakultäten nahe kommt.

Der drohende Studentenberg ist das drängende Problem der Politik, zumindest in Bayern, dem auf der anderen Seite der bange Blick der Universitätsleitungen auf das kaum planbare Verhalten des Studenten gegenübersteht. Einem Orakel gleicht die wiederkehrende Frage: Sinken die Studentenzahlen nun künftig oder nicht? Der von oben viel beschworene Wettbewerb der Universitäten, den die Politik bereits als eingeleitet betrachtet, der davon ausgeht, dass Studenten dem Ruf der Eliteuniversität folgen, wird – ohne Prophet spielen zu wollen – für die Geisteswissenschaften in Deutschland auch künftig erheblich weniger akut sein als vielleicht für die Naturwissenschaften. Die Rankings der professionell damit befassten Wissenschaftler, für viele Hochschulen ein Alptraum, und die der Studenten klaffen dabei enorm auseinander. In der Regel sind sie für die Wahl des Studienortes irrelevant. Niemand wird sich je wie in den USA ein Diplom eines Universitätsabschlusses stolz an die Wand hängen quasi als Eintrittskarte in einen gesellschaftlichen Status; der deutsche Student wird auch weiterhin in erster Linie nach den wirtschaftlichen und strukturellen

Vorteilen seines Studienplatzes schauen. Daran wird auch der Versuch mancher Universitäten nichts ändern, sich mit speziellen geisteswissenschaftlichen Studiengängen durch eine studentische Eliteauswahl zu profilieren. Die Erhebung von Studiengebühren wird nicht dieselbe soziale Differenzierung wie in den USA nach sich ziehen. Die großen Universitäten in Deutschland haben die politisch gewollte Aufgabe, möglichst allen unabhängig von der individuellen Qualität ein Studium zu ermöglichen. Noch bis vor kurzem wurde ein relativ hoher Prozentsatz der Absolventen höherer Schulen als nicht studierfähig eingeschätzt. Seitdem man die Lehre der Dozenten als mehr oder weniger hauptverantwortlich für die hohe Abbrecherquote in den Geisteswissenschaften publizistisch festgemacht hat – nicht etwa die Schulpolitik oder die mangelnden Berufsaussichten –, glaubt man mit der Festlegung auf den Bachelor-Master den Schlüssel für die Berufsqualifizierung auch des weniger begabten Hochschulabsolventen gefunden zu haben, der praktisch nicht durchfallen kann, sondern – Anwesenheit vorausgesetzt – den Erfolg absitzt. Der bei Laune zu haltende zahlende geisteswissenschaftliche Student – nicht vergessen werden sollte dabei der der Weiterbildung unterliegende Seniorenstudent – als Kunde mit Anspruch auf optimale Ausbildung geistert durch die zahlreichen Disziplinen der Massenuniversität. Um Geisteswissenschaften mit Blick auf Studentenzahlen attraktiver zu machen, wurde sogar die Einführung des weitgehend nur für eine optimale Lehre zuständigen Professors vorgeschlagen. Statt die besondere gesellschaftliche Aufgabe der Massenuniversität hervorzuheben, wird diese schamhaft verschwiegen, da sie dem Elitedenken zuwiderläuft.

Zukunftshoffnungen in der Publizistik

In vielen Zeitungsfeuilletons, Broschüren und Buchbeiträgen ist das Thema der Zukunft der Geisteswissenschaften bereits ausführlich abgehandelt worden. Die Schreiber lassen sich *cum grano salis* in bestimmte Gruppen einteilen. Zur einen gehören Politiker, Publizisten und manche, heute auch in den Beiräten der Universitäten zu findende Wirtschaftsvertreter, zur anderen die unmittelbar Betroffenen, zumeist die Hochschullehrer. Wenig bis gar nicht wahrgenommen wird die zahlenmäßig größte Gruppe, diejenigen, die mit den Geisteswissenschaften unmittelbar zu tun haben oder von ihnen direkt betroffen sind, die Studenten. Die nichtstudentische Öffentlichkeit nimmt die Zukunftsfrage der Geisteswissenschaften weitgehend passiv hin – für sie gibt es ja die Volkshochschule.

Die Zugehörigkeit zu den genannten Gruppen beeinflusst unmittelbar die Argumentation. Die Zukunftsvisionen eines Bundes- wie Landespolitikers können und dürfen gar nichts anderes, als die Zukunft der Geisteswissenschaften optimistisch einzuschätzen. Die Formulierung der Ziele muss den Ist-Zustand übertreffen. Die Politik hat schließlich jetzt die Universitäten mit einer enormen Freiheit zur Selbstverantwortung ausgestattet. Mögliche negative Entwicklungen können gar nicht anders als in Form von Aufrufen zur gemeinsamen Anstrengung, zur Bündelung der Ideen formuliert werden. Die sehen dann etwa so aus: Wir müssen gemeinsam den künftigen Studentenberg bis 2015 bewältigen (in Bayern sind das etwa die Absolventen der so genannten doppelten G8–Gymnasiumszüge um 2012); wir müssen die Anstrengungen vervielfachen, um gemeinsam mit der Wirtschaft die Akzeptanz der Geisteswissenschaften weiter zu stärken. Die Detailprobleme, die eine Beibehaltung der Landeshoheit für die Freizügigkeit des Studiums innerhalb der Bundesrepublik und Europas

im Einzelfall mit sich bringt, werden durch den Hinweis auf die ursprüngliche europäische Vision der Freizügigkeit überdeckt. Offiziell wird betont, dass es bei genauerem Hinsehen keine Belege dafür gibt, dass durch die neuen Reformen etwa der Student am Wechsel zwischen den Universitäten gehindert wird. Da kein Politiker die finanzielle Entwicklung über eine Haushaltsperiode hinaus einzuschätzen wagt, werden Zukunftsprognosen allerdings bald sehr vage. Die universitären Geisteswissenschaften haben in der letzten Dekade einen erheblichen Aderlass in finanzieller wie in personeller Hinsicht (Stichworte: Halbtagssekretärinnen, Ausdünnung unterhalb der Professorebene) hingenommen. Bei steigenden Kosten für Bücher beziehungsweise Büchererhaltung und die Computerisierung bedeutet auch ein gleich bleibendes Niveau eines Institutsetats de facto weniger Geld. So ist es zur Zeit für die Politik relativ einfach, die positive Gegenwart herauszustreichen und auf gegenwärtige und künftige „erhebliche finanzielle Anstrengungen“ für die Geisteswissenschaft zu verweisen. Die jetzigen Studentenbeiträge verbessern bekanntlich die finanzielle Situation, auch wenn sie ausschließlich der Lehre zugute kommen sollen – vorausgesetzt die regulären Etatmittel werden künftig nicht entsprechend gekürzt und vorausgesetzt, die Zahl der Studenten, an welche die Mittel gekoppelt sind, sinkt nicht ab. Das Stiftungswesen zur politischen und wirtschaftlichen Elitebildung und das Stipendien- und Kreditangebot für den Bedürftigen erlauben, auch den künftigen Studenten der Geisteswissenschaften rosige Zeiten in Aussicht zu stellen.

Der Wirtschaftsvertreter kann darauf hinweisen, dass entgegen aller Unkenrufe die Akzeptanz des von der Universität abgehenden Geisteswissenschaftlers in Zukunft immer weiter wachsen wird. In Absprache mit dem Politiker wird er politische Zukunftsversprechen eingehen und

eingehen müssen. Die diesbezügliche Schelte der Politik an der Wirtschaft wird – freilich auch abhängig von der politischen Nähe zueinander – in der Regel milde ausfallen. Politik und Wirtschaft werden zumeist den schwarzen Peter an die Universität weitergeben: Wenn ihr dort uns Hochschulabgänger mit den entsprechenden Schlüsselqualifikationen abliefern, werden wir künftig diese, wenn sie auch regional-fachlich eingeschränkte Geisteswissenschaftler sind, gerne akzeptieren. Der Bachelor-Student der Universität und der Fachhochschulstudent werden gleichwertig gesehen, welches Fach auch immer er studiert hat, vorausgesetzt er kann sich selbst präsentieren, hat möglichst fließende Englischkenntnisse und ist mit Computerwissen und entsprechender Flexibilität ausgestattet. Wer dem nicht entspricht, der wird als Hochschulabgänger ein Problem haben. Die Abschöpfung des hochbegabten Geisteswissenschaftlers könnte in Zukunft ähnlich wie jetzt die des von der Schule weg unter die Fittiche genommenen hochbegabten Naturwissenschaftlers erfolgen. Die Öffnung der Vorstandsetagen für geisteswissenschaftliche Vor- und Querdenker wird freilich noch auf sich warten lassen.

Der feuilletonistisch schreibende Publizist wird, wenn er nicht selbst Hochschullehrer ist, vielfach von der Nähe zu Politiker- und Wirtschaftler-Kreisen bestimmt sein, der Journalist hat zumeist ein Interesse, die oft kontrovers geführte Diskussion über die Zukunft der Geisteswissenschaften fortzusetzen. Dabei machen die einzelnen Beiträge sehr oft die Zukunft der Geisteswissenschaften von der inneren Entwicklung an den Universitäten abhängig. In der Regel wird der Lehre und ihrem künftigen Stellenwert an den Universitäten eine erheblich größere Bedeutung zuerkannt als der geisteswissenschaftlichen Forschung, die zu selten Nobelpreisträger hervorbringt, welche die Elitehochschule als Aushängeschild dringend

braucht. Defizite der universitären Lehre zu konstatieren ist der einfachste Weg, um die Notwendigkeit von Veränderungen zu begründen. Die Bewältigung des Studentenberges und eine ausreichende Zahl von mit Schlüsselqualifikationen versehenen Hochschulabgängern gehen vor. Der rebellische, individualistische und gesellschaftskritisch eingestellte Geisteswissenschaftler ist weniger gefragt denn je. Dabei spielt der politische Gedanke eines auch hochschulpolitisch einheitlichen, freizügigen Europa in den Beiträgen so gut wie keine Rolle mehr. An den Universitäten bestimmen Landesgesetze das weitere Prozedere.

Die Prognosen und Analysen der Beiträge aus der Gruppe der Hochschulvertreter sind im Gegensatz zu den genannten anderen Gruppen dissonant. Gerne werden Positionen von Professoren abgedruckt, die auf lange Hochschulerfahrungen im Ausland verweisen können. Nicht immer kann der Leser dabei den „Sitz im Leben“ der Statements erkennen, dass nämlich diese Erfahrungen nicht unbedingt von umfassenden Kenntnissen der Wirklichkeit getragen sind. Wer Harvard, Princeton und andere Spitzenbedingungen selbst erlebt hat – inklusive Rückkehr per Flugzeug einmal im Jahr nach Europa –, weiß in der Regel wenig oder gar nichts von der sozialen Wirklichkeit und Diversifizierung der Geisteswissenschaften in den USA, auch wenn er dieses Nichtwissen in der Regel überspielt. Ist es schon schwierig, die Geisteswissenschaften in Deutschland im Überblick einigermaßen gerecht zu beurteilen, dann gilt dies umso mehr für die USA mit ihren Hunderten von Colleges. Und wer die Harvardisierung der deutschen Universität fordert, stammt in der Regel nicht aus der Zunft der Geisteswissenschaftler. Diejenigen, die jetzt das dreijährige Bachelor-Studium für Europa politisch durchsetzen – die Kultusministerien sind in diesem Punkt entgegen der zunächst offenen Bologna-Erklärung jetzt weitgehend auf einer Linie –, sind gewiss keine Kenner

der amerikanischen Universität. Sonst müssten sie auch kurzfristig Studiengänge wie an manchen Spitzenuniversitäten erlauben, die etwa menschliche Erfahrungswerte eines Segelkurses des Professors mit seiner Studentengruppe analysieren. Den knapp gefassten Regeln amerikanischer Universitäten setzen deutsche Universitäten dicke Handbücher entgegen, die die Abläufe zementieren. An der LMU-München sind es insgesamt etwa 226 verschiedene Bachelor-Studiengänge, deren Regeleinhaltung die Rechtsabteilungen buchstabengetreu zu prüfen haben.

Die Ergebnisse von den in den letzten Jahren durch das Land gezogenen Kommissionen, welche, geleitet von Germanisten oder Philosophen, die geisteswissenschaftliche Forschung begutachteten, sind zum großen Teil inhaltlich im Papierkorb gelandet. Ihre Vorschläge sind ganz einfach von der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen 1990 und heute überholt worden. Offizielle Kommissionen haben erkennbar bestimmte Nachteile. Die Positionen von Vorständen einer Hochschulrektorenkonferenz, von Hochschulvereinigungen und Forschungsgemeinschaften sind politisch austariert, sie haben in ihren Beiträgen erkennbar eine auf ihr eigenes Erscheinungsbild rekurrierende Intention. Das machte etwa auch ein Vertreter des Max-Planck-Instituts, der seine Institution als vorbildlich gegenüber allen anderen hinstellen konnte. Nicht immer waren die peer groups der Kommissionen von Sachkenntnis im Detail getragen; immerhin gab es Gruppen-Kommissionen, die sich objektiv wenigstens mit dem Schwerpunkt „Forschungsleistung der Dozenten“ zu befassen suchten. Das hat die Verantwortlichen aber nicht davon abgehalten, auch solche Fächer zu streichen oder zu verschieben, die in den Kommissionen als besonders gut bewertet wurden. Probleme der geisteswissenschaftlichen Lehre, die nach den Unterlagen des Studiendekans eng mit den örtlichen Grundstrukturen (vom Hörsaalproblem und seiner Aus-

stattung über die Zugänglichkeit der Bücher bis hin zur unzureichenden Service-Leistung für die Studenten) zusammenhängen, blieben dagegen meist Regulierungsversuchen der Länder überlassen. Das hat dann etwa in Bayern zu Vorschriften geführt, dass Hochschullehrer an mindestens drei Wochentagen unterrichten sollen, auch wenn es im Einzelfall dazu keine freien oder geeigneten Hörsäle gab oder bisher mit den Nebenfächern inhaltlich fein abgestimmte Stundenblöcke der Studenten einfach zeitlich auseinander gerissen wurden. Anordnungen, dass man während der Vorlesungszeit nicht zu Fachkongressen reisen sollte, mussten für die Fächer, bei denen Kongresse für ihre Studenten berufsfördernd sind, unverständlich erscheinen. Ganz abgesehen einmal von Vorschriften zu politisch gewünschten und von vielen Hochschullehrern in den Geisteswissenschaften mangels Berufsperspektiven im eigenen Fach unterstützten Berufspraktika, die sich nicht einfach genau an die Grenzen zwischen vorlesungsfreier und Vorlesungszeit halten können. Wie der straffere Bachelor in der studentischen Realität bei den weniger berufsbezogenen Studiengängen sich auswirken wird, weiß keiner.

Notwendige Diversifizierung der universitären Geisteswissenschaft

Die anfangs zahlenmäßig überwiegende Gruppe der Hochschullehrer, die den Reformen, insbesondere dem Bachelor-Master-Modell in den Geisteswissenschaften skeptisch gegenüberstand, hat gelernt, die politischen Vorgaben zu akzeptieren; der Widerstand hat sich auf die Ausführungsbestimmungen verlagert. Ihre Front wurde aufgeweicht durch Beiträge von Kollegen, die einzelne Vorteile des neuen Systems herausgestrichen haben, insbesondere die besseren Leistungskontrollen. Bereits früher gab es unter

Idealbedingungen eingerichtete Bachelor-Master-Studiengänge, bei denen die strengen Auswahlkriterien und die individuelle Förderung einer universitären Elitebildung galten. Dann kamen insbesondere die Vertreter von kleineren Universitäten zu Wort, die bereitwillig die politischen Vorgaben als erfüllbar ansahen. In den wenigsten Beiträgen wird aber auf den enormen Unterschied aufmerksam gemacht, der zwischen einer Massenuniversität mit einer Vielzahl untereinander vernetzter geisteswissenschaftlicher Fächer und einer kleineren Universität mit einigen geisteswissenschaftlichen Zweigen zwangsläufig herrschen muss. Die Wahrnehmung muss hier so grundverschieden ausfallen, wie es auch die Probleme der Umsetzung sind.

Die universitären Geisteswissenschaften sind nicht gleich Geisteswissenschaften im Allgemeinen und sollten nicht undifferenziert Naturwissenschaften entgegengestellt werden.

Bei genauerem Hinsehen bestehen ihre Kerndisziplinen aus in sich relativ geschlossenen Einheiten. Dazu gehören die Historiker, Philosophen, Germanisten oder teilweise die Sozialwissenschaftler, bei denen die Nebenfächer in der Regel innerhalb ihrer Großstruktur bleiben. Diese Fächer bilden zusammen mit Alter Geschichte und Altphilologie, die beide überwiegend den Lehrermarkt bedienen, einen der historischen Schwerpunkte deutscher universitärer Geistestradition. Sie hat zumeist der im Auge, der eine aktuelle Beteiligung der Geisteswissenschaften an gesellschaftspolitischen Diskussionen fordert beziehungsweise ihr Engagement kritisiert.

Dazu kommen dann die überwiegend sprachlich-kulturgeschichtlich orientierten Disziplinen, von der Anglistik, Romanistik oder Slawistik bis hin zu den nur sporadisch an Universitäten vertretenen kleinen Disziplinen wie etwa Albanologie oder Baltistik. Bei ihnen sind die Neben-

fächer meist variabel. Eine dritte, heterogene Gruppe kulturwissenschaftlicher Regionalgruppen umfasst Fächer, bei denen Sprache und Kultur von der Vorgeschichte bis in die Gegenwart reichen können. Neben Ethologie und Kommunikationswissenschaften haben den größten Zulauf innerhalb der Geisteswissenschaften Fächer wie etwa Arabistik, Sinologie, Japanologie oder Indologie. Verständlicherweise ist daher die vielbeschworene Annäherung von Geisteswissenschaften und Naturwissenschaften nur in wenigen Disziplinen nachhaltig möglich. Sie ergibt sich eigentlich nur bei den archäologisch-historischen Disziplinen, bei denen sie längst, meist unbemerkt von der eigenen Hochschule, auch in gemeinsamen Veranstaltungen praktiziert wird.

Die zumeist von Medizinern und Juristen angeführte Begründung für ihre Verweigerungshaltung gegenüber dem Bachelor-Master liegt in der Unmöglichkeit, eine adäquate berufstaugliche dreijährige Ausbildung herstellen zu können. Die gleiche Begründung könnten zahlreiche kleinere und in sich weitgehend autarke Fächer, die nur aus ein bis drei Professoren bestehen, für sich in Anspruch nehmen: dass nämlich eine einigermaßen berufsqualifizierende Ausbildung im Rahmen des Bachelor hier ebenso sinnlos ist. Die Einschränkung ergibt sich schon zwangsläufig aus dem oft enormen Umfang eines kompetenten Spracherwerbs, der in die Bachelor- und Master-Phase integriert werden muss. Da aber für die kleineren Fachdisziplinen ohne unmittelbare direkte Berufchancen eine Autarkie politisch nicht erwünscht ist, werden diese selbst an der eigenen Hochschule bis hin zur inhaltlichen Selbstaufgabe aufgefordert, sich irgendwie in größeren Clustern zusammenzuschließen. Häufig folgt noch die Androhung, dass, wenn die Belastungsanalysen infolge der geringen personellen Ausstattung negativ ausfallen sollten, notfalls auch auf einen eigenen Bachelor in diesen Fächern verzichtet wer-

den müsse. Nach der künftigen inhaltlichen Positionierung dieser Fächer in der wissenschaftlichen inländischen und ausländischen Community fragt ohnehin niemand. Sie stören ganz einfach die normierte Hochschullandschaft, insbesondere ihre Verwaltung.

Die an den Rändern stark fluktuierenden und uneinheitlichen Untergruppierungen der Geisteswissenschaften werden bis heute nicht einmal von den für die *universitas* der Massenuniversitäten Verantwortlichen wahrgenommen. Diese betonen zwar theoretisch gerne das inhaltliche Plus, dass ihre Universitäten vor anderen auszeichnet. Die Möglichkeiten des Zusammengehens innerhalb der Geisteswissenschaften, aber auch in Teilen mit den Naturwissenschaften, sind tatsächlich unbegrenzt. Beispielsweise haben in München Studenten der kleineren Disziplinen oft eine enorme Bandbreite im Nebenfachstudium, die im Einzelfall nicht weniger als 25 bis 30 verschiedene Fächer ausmacht. Studentische Kombinationen mit Fächern anderer Fakultäten wie Wirtschaft, Jura, Tiermedizin oder Anthropologie sind nicht ungewöhnlich. Der Einschluss von Gegenwarts-kulturen wird immer häufiger von einem Realismus der Studenten über ihre Berufsaussichten getragen, zu denen ebenso der Erwerb moderner Kultursprachen dazugehört. Sinologie, Japanologie, Indologie oder Arabistik werden ihren Charakter als exotische kleine Fächer verlieren.

Reformbemühungen und Realität im Widerspruch

In der Realität droht an der Universität statt einer Optimierung der Zielsetzung, die auf unbegrenzte Zusammenarbeit und Offenheit der universitären Disziplinen ausgerichtet sein sollte, um dem durchschnittlichen Studenten eine größtmögliche Flexibilität nach außen zu bieten, eine gegenteilige Entwicklung. Nicht zu Unrecht wurde als Paral-

lele die von hohen Zielen ausgehende Gesundheitsreform angeführt, wo sich die Probleme auch gerade an der Basis häufen und immer wieder neue Vorschriften generieren. Die Vorgaben des Hochschulrahmengesetzes und die normierte Umsetzung des Bachelor-Master, die an jeder Universität anders ausfällt, bestimmen den künftigen Alltag des Studenten und Dozenten. Die Dominanz von Verwaltungs- und Rechtsabteilungen wird zwangsläufig immer weiter wachsen, je mehr das Studium reguliert wird. Schon jetzt wird den Geisteswissenschaften empfohlen, in ihren künftigen Handbüchern für den Bachelor and Master inhaltlich – insbesondere durch vage Modulbeschreibungen – zu verschleiern und zu tricksen, damit aus den Buchstaben nicht etwa feste Rechtsansprüche abgeleitet werden können. Ziel muss sein, eine gewisse Flexibilität des Lehrangebots beibehalten zu können. In den Teilmodulprüfungen jemanden durchfallen zu lassen (automatisch ist damit das Gesamtmodul nicht bestanden), ist Dozenten nicht mehr zu empfehlen, weil damit erhebliche Belastungen durch inhaltliche Festlegungen für die Prüfungswiederholungen zu erwarten sind. Der Studiendekan weiß, auf welch tönernen Füßen manch bereits akkreditierter geisteswissenschaftlicher Studiengang in der Bundesrepublik Deutschland steht, dessen personelle Ausstattung in der Regel am Minimum liegt. Der Einfallsreichtum der Geisteswissenschaften an den deutschen Universitäten, um die politischen Vorgaben einigermaßen zu erfüllen oder besser zu umgehen, ist groß. Für viele Studenten der Einbis-drei-Professoren-Disziplinen, insbesondere die der regionalen Kulturwissenschaften, muss sich die scheinbar harmlose Vorgabe, dass künftig auch ein Nebenfachstudium durch Verträge mit Nachbardisziplinen überschneidungsfrei für den Studenten angeboten werden muss, verheerend auswirken. Die Freiheit, Fächerkombinationen über Disziplinen und Fakultätsgrenzen hinweg zu bilden,

bisher mit Erlaubnis der Dekane in der Regel problemlos gehandhabt, wird weitgehend genommen. Weder gibt es heute schon ausreichend ausgestattete Unterrichtsräume für die verschiedenen Größen der Veranstaltungen – die amerikanische Campusuniversität gibt es zumeist nicht, manchmal müssen die Studenten der Geisteswissenschaften wie in München für einzelne Veranstaltungen die halbe Stadt durchlaufen -, noch können Verträge mit mehr als drei bis vier Fächern zeit- und raumtechnisch realisiert werden. Sinnvolle Vorschläge, den Studenten so etwas wie einen Pool von Angeboten aus den Geisteswissenschaften als Nebenfach oder Teilnebenfach anzubieten, mussten rasch auf das Kopfschütteln der Rechtsabteilung stoßen. Wie sollte man dies in Verträge fassen können?

Das, was viele, insbesondere die kleineren geisteswissenschaftlichen Disziplinen in der Bundesrepublik Deutschland stark gemacht hat, die Flexibilität ihrer Studenten und Dozenten, droht an der Rigorosität des neuen Systems zu ersticken. Das Verbot der Polyvalenz der Veranstaltungen, dass grundsätzlich Bachelor- und Master-Veranstaltungen für Studenten zu trennen seien, da sie – in einer etwas naiven Unkenntnis des tatsächlichen inhaltlichen, oft konsekutiv aufbauenden Lehrinhalts in den Geisteswissenschaften -, vom Niveau her unterschiedlich sein müssten, hat zu den seltsamsten Versuchen geführt, dies in den Beschreibungen zu umgehen oder Ausnahmeregelungen zu formulieren. Es ist nun einmal inhaltlich gesehen völlig egal, ob, hier rein fiktiv, eine Regionalsprache des Indologen wie das Tamilische oder das Dravidische zuerst im Bachelor oder erst im Master erlernt wird. Die Reihenfolge hängt im Einzelfall von der jeweiligen Universität ab. Was ist, wenn nun ein Student der Indologie nach dem Bachelor an eine andere Universität mit anderer Reihenfolge wechselt? Darf er dann wieder in ein für sich wichtiges Bachelor-Angebot zurück und wie soll sein Arbeitsauf-

wand belohnt werden? Das bisherige flexibel gehandhabte Chaos in den Vorschriften für die Geisteswissenschaften (wenn einmal eine Teilprüfung nicht so gelaufen ist, dann konnte zum Beispiel der Student im Einzelfall stillschweigend die Teilprüfung noch einmal wiederholen) wird einer kompromisslosen Computerisierung des Studien- und Prüfungsablaufs ausgesetzt. Ob diese Entwicklungen nur für einen Teil der Geisteswissenschaften oder für ihre Gesamtheit generell einen Fortschritt oder Rückschritt einleiten werden, bleibt offen. Es ist nur zu hoffen, dass eine größtmögliche Freiheit für den Studenten (weil notwendig für seinen künftigen Beruf) und damit auch für die Lehre und Forschung des Dozenten in einer Massenuniversität, deren Merkmal gerade die Fülle der geisteswissenschaftlichen Disziplinen ist, wieder von den Hochschulleitungen anstelle von Lippenbekenntnissen auch tatkräftig gegenüber Verwaltung und Rechtsabteilung durchgesetzt wird.

Notwendig: Kompetenz und Geld

Die strukturelle und inhaltliche Reform der Geisteswissenschaften droht in Deutschland stecken zu bleiben, da wegen der Forderung nach kostenneutralen Reformen die entscheidenden Vorteile eines Bachelor-Master nicht genutzt werden. Landesgesetze engen in Deutschland den Spielraum für künftige universitäre Veränderungen stark ein und setzen alles unter das Fragezeichen des künftigen finanziellen Rahmens. Wer den Bachelor-Master will, der müsste auch dafür sorgen, dass unterhalb der Professorenebene der Weg der angelsächsischen *lecturer university* konsequent beschritten wird. So wertvoll einzelne neue Tutorien aus den Studentenbeiträgen auch sind, ohne Erweiterung der Zahl von befristeten, aber verlängerbaren „Lehrkräften für besondere Aufgaben“, wie sie jetzt in Bay-

ern heißen, die eine etwa 17-stündige Lehrverpflichtung haben, ist den hohen zeitlichen Anforderungen der Bachelor-Master-Mühle mit ihren jährlichen Wiederholungen der Lehrveranstaltungen nicht ausreichend nachzukommen. Dies böte auch die Möglichkeit, wenigstens auf einige Zeit begabte Nachwuchswissenschaftler in den Geisteswissenschaften zu beschäftigen, und würde helfen, ihre zum Teil verzweifelte Situation, die nach der Doktorarbeit für viele von ihnen eintritt, zu verbessern.

Heute machen mehr und mehr Rektoren und Hochschulbeiräte die Hochschulpolitik unter sich aus und stimmen sie mit den Kultusministerien ab. Die Gremienuniversität ist weitgehend abgeschafft, sie lebt nur in wenigen Gruppen ohne große Kompetenzbefugnis weiter. Der Fakultätsrat, das einzige Gremium, das an einer Universität formal für den Inhalt der Geisteswissenschaften zuständig ist, wurde weitgehend entmachtet. Über neue Hochschullehrer (Habilitanden) bestimmen mindestens in Bayern einzelne Fachmentoren und von ihnen bestellte Gutachter, nicht mehr das einzelne Mitglied des Fachbereichs. Finanzielle Angelegenheiten werden in den Departments entschieden. Politisch-landsmannschaftlicher Proporz, Einzelinteressen oder sogar Ignoranz von Hochschulrektoren entscheiden heute manchmal über Existenz oder Nichtexistenz von geisteswissenschaftlichen Disziplinen. Was dringend gebraucht wird, ist aber insbesondere Wissenskompetenz über die einzelnen Disziplinen und über die inhaltliche Ausrichtung der vielen Richtungen der Geisteswissenschaften. Alleiniger künftiger Ausweg wäre eine weitgehende Professionalisierung der Hochschulschulspitze. Gesucht wird schon jetzt der kompetente Ansprechpartner; der Wunsch nach hauptamtlichen Dekanen (auch Studiendekanen) wird immer vernehmbarer. Dazu kämen dann die unverzichtbaren hauptamtlichen Studiengangskoordinatoren, die die Handbücher von Bachelor- und

Master-Studiengängen ständig zu überwachen und zu aktualisieren hätten, schließlich professionelle Departmentsleitungen und ihre Berater (Drittmittelinwerber, Presseberater etc.). Die wünschenswerte Professionalisierung der Hochschule kostet aber Geld. Diese hat aber schon mit dem Problem zu kämpfen, dass die Einführung des Bachelor und Master bereits eine erhebliche personelle Aufstockung des nichtwissenschaftlichen Apparats für die juristisch exakte Prüfungs- und Zeugnisabwicklung braucht. Ein notwendiger Umbau müsste aber die gesamte Hochschulverwaltung mit einbeziehen, Verwaltungs- und Rechtsabteilungen lassen sich bekanntlich nur von oben her verändern.

Fazit

Vor- und Nachteile des föderativen Systems für die universitären Geisteswissenschaften halten sich insgesamt die Waage. Helfen würde bereits gegen die Tendenz zur strikten formalen Regulierung der Geisteswissenschaften, die die Variabilität des Inhalts und damit die Freiheiten des Studenten wie des Dozenten immer mehr einengt, das Bewusstsein von den unterschiedlichen Voraussetzungen der Lehre und Forschung an den einzelnen Universitäten bei Bund und Ländern.